

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 8 86 846 ppbn
Telefax: (0228) 9 15 20-12

Inhalt

Siegmar Mosdorf MdB fordert eine Bündelung aller Ressourcen für ein Innovationsprogramm 2000: Die Chancen der 90er Jahre wurden in Deutschland vertan, jetzt auf das 21. Jahrhundert konzentrieren.

Seite 1

Professor Gert Weisskirchen MdB analysiert die Wahlchancen der politischen Parteien in der Ukraine: Zwei Drittel für die Mitte.

Seite 2

Fritz Rudolf Körper MdB und Jochen Welt MdB kritisieren die Begleitumstände und Begründung des PKK-Verbots: Bonn läßt viele Fragen offen.

Seite 4

Marion Caspers-Merk MdB und Dr. Liesel Hartenstein MdB dokumentieren Töpfers Scheitern: Aus für das Kreislaufwirtschaftsgesetz.

Seite 5

Neue Adresse seit 1.1.1994

Schumannstr. 2b
53113 Bonn
Postfach 190167
53037 Bonn

49. Jahrgang / 8

12. Januar 1994

"Pacemaker" der Innovation

Jetzt muß das Drehbuch für das 21. Jahrhundert geschrieben werden

Von Siegmar Mosdorf MdB

Vorsitzender der Kommission "Standort Deutschland" der SPD-Bundestagsfraktion

Deutschland hat in den letzten Jahren ökonomische und technologische Vorsprünge und damit Anteile an den Innovationsmärkten von morgen verloren. Gleichzeitig haben sich mit der Aufhebung des Ost-West-Systemgegensatzes nicht nur die außenpolitischen, sondern auch die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen geändert:

Mit der Abschaffung eines tri-polaren Merkantilismus entsteht eine globale Weltarbeitsteilung. Dieser Trend wird durch die Telekommunikation noch beschleunigt. Diese fundamentalen Veränderungen der Weltwirtschaft treffen traditionelle Exportländer besonders scharf.

In der neuen Weltwirtschaft des 21. Jahrhunderts können Volkswirtschaften mit hohem Lebensstandard nur überleben, wenn sie Spitzenprodukte mit erstklassig ausgebildeten Produktionseiten, in flexiblen und dynamischen Arbeits- und Fertigungsstrukturen zu wettbewerbsfähigen Preisen für den ganzen Weltmarkt erstellen. Das setzt enorme Anstrengungen aller voraus. Die Alternative zu diesem Konzept heißt: Abstieg in die Zweitklassigkeit mit allen schmerzlichen Konsequenzen.

Deutschland ist in den letzten Jahren wirtschaftlich abgerutscht und wird deshalb die ganzen 90er Jahre mit dramatischen Arbeitslosenzahlen zu kämpfen haben. Dieses ist nicht nur für die davon betroffenen Menschen eine Tragödie; damit werden zugleich Qualifikationen, Know-how und Erfahrungen verschüttet. Außerdem fehlen die Finanzen bei den Ressourcen für die Zukunfts-Projekte.

Wenn Deutschland seine Spitzenstellung wieder festigen will, dann brauchen wir jetzt so etwas wie ein Textbuch für das 21. Jahrhundert. Darin müssen die Rolle Deutschlands in einer veränderten Welt markiert, es müßten die ökonomischen Chancen und Risiken abgeklöpft, es müßte ein Innovationsprogramm 2000 aufgelegt und es sollten alle Ressourcen auf diese Herausforderungen hin gebündelt werden.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 120406, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verändertes Umkreis
mit zentraler Redaktion
Kopierverfahren



Deutschland wird seinen ökonomischen, ökologischen und sozialen Standard nur mit qualifizierten Arbeitnehmern, kreativen Wissenschaftlern, schöpferischen und mutigen Unternehmern und Managern, flexiblen und modernen Gewerkschaften und einer ideenreichen und kraftvollen politischen Elite halten können. Wir müssen den großen Herausforderungen mit einer Ära der Innovation und des Wandels begegnen.

Dafür ist ein Neuanfang notwendig. Und wenn wir erfolgreich sein wollen, müssen wir schon jetzt das Libretto für das 21. Jahrhundert entwerfen und es dann systematisch umsetzen.

Dazu gehört, daß in Deutschland die Infrastrukturen verbessert und erneuert werden: Das heißt integrierte Verkehrssysteme geschaffen, Hochgeschwindigkeitszüge im Personenverkehr eingesetzt, der Güterfernverkehr auf der Schiene substantiell verbessert und der öffentliche Nahverkehr ausgebaut werden.

Um Verkehr zu vermeiden und die Kommunikations-Infrastruktur zu verbessern, müssen Daten-Highways geschaffen und mit regionalen Netzwerken verknüpft werden. Die Energie-, die Ver- und Entsorgungsinfrastruktur muß verbessert werden.

Zugleich muß in die Industrien und die Technologien des 21. Jahrhunderts investiert werden: In die Informations- und Kommunikationstechnik, in die Bio- und Umwelttechnik und in neue Werkstoffe.

Neue wettbewerbsfähige Arbeitsplätze entstehen bis zum Jahr 2000 nicht in Großunternehmen. Die Schrittmacher des Strukturwandels der Innovation werden die kleinen jungen Technologie-Unternehmen sein. Und weil hier die Arbeitsplätze von morgen entstehen werden, müssen diese Unternehmen in ihrer Entwicklung besonders gefördert werden.

Dazu brauchen wir Pacemaker in der Politik, der Wirtschaft, der Wissenschaft, den Gewerkschaften und in der Gesellschaft. Die Chancen der 90er Jahre wurden in Deutschland verтан. Jetzt müssen wir uns umso mehr auf die Chancen des 21. Jahrhunderts konzentrieren.

(/12. Januar 1994/hgs/ks)

Die Ukraine vor der Parlamentswahl

Umfrage sieht gemäßigte Kräfte vorn - Viele noch unentschlossen

Von Professor Gert Welschkirchen MdB

Fast zwei Drittel der abgegebenen Stimmen für die Parteien der Mitte, etwa 15 Prozent für die extreme Linke und zwischen elf und zwölf Prozent für die Rechtsextremisten - dies sind zusammengefaßt die Ergebnisse einer Umfrage in der Ukraine im Vorfeld der Parlamentswahlen am Sonntag, dem 27. März 1994. Dabei zeigten sich 27 Prozent der Befragten noch unentschlossen, welcher Partei sie voraussichtlich ihre Stimme geben werden, und fast 23 Prozent gaben an, nicht zur Wahl zur "Verchovna Rada" gehen zu wollen. Die Wahlumfrage, deren Ergebnisse erst jetzt bekannt wurden, war in der letzten Novemberwoche unter Federführung des Instituts für Soziologie der Akademie für Wissenschaften der Ukraine und des Zentrums für demokratische Initiativen in Kiew im ganzen Land durchgeführt worden. Gefördert wurde sie vom National Democratic Institute, dessen "Chairman" der frühere US-Vizepräsident und ehemalige Präsidentschaftskandidat Walter Mondale ist.

Etwas über 50 Prozent der Befragten machten detaillierte Angaben über die Partei, die sie wählen würden. Diese entschieden sich für folgende Parteien:

Demokratische Partei	28,5 Prozent
Volksbewegung Ruch der Ukraine	16,7 Prozent
Kommunistische Partei	8,2 Prozent
Grüne	8,0 Prozent
Ukrainische Republikaner	6,4 Prozent
Partei der Arbeit	3,8 Prozent
Sozialistische Partei	3,8 Prozent
Ukrainische Demokratische Bauernpartei	3,4 Prozent
Partei der Biertrinker	2,8 Prozent
Partei der Demokratischen Wiedergeburt	2,8 Prozent
Ukrainische National-Versammlung	2,8 Prozent
Christliche Demokraten	2,6 Prozent
Neue Ukraine	1,8 Prozent
Kongreß der Nationaldemokratischen Kräfte	1,6 Prozent
Kongreß der Werktätigen	1,4 Prozent
Liberales	1,0 Prozent
Sozialdemokratische Partei	1,0 Prozent
Ukrainische Selbstverteidigung (UNSO)	0,4 Prozent
Ukrainische Konservative Republikaner	0,2 Prozent
andere Parteien	3,0 Prozent

Nach einer ungefähren Einordnung der Parteien hinsichtlich ihrer programmatischen Aussagen in ein Links-Mitte-Rechts-Raster lassen sich hierzu folgenden Kurzbewertungen machen:

1. Für das gemäßigte Zentrum der "Kräfte für die demokratische Reform", von der linken Mitte (Sozialdemokratie) bis hin zu den beiden führenden Parteien "Demokratische Partei" und "Ruch" (Tendenz: rechte Mitte), votierten fast zwei Drittel.

2. Die Parteien der Linken kommen auf insgesamt etwas über 15 Prozent; dabei stellt die "Kommunistische Partei" den harten Kern der alten Nomenklatur. Die Sozialisten verstehen sich als linkes Zentrum, während man die "Partei der Arbeit" und den "Kongreß der Werktätigen" als linkssozialdemokratisch bezeichnen könnte.

3. Für die extreme Rechte votierten zwischen elf und zwölf Prozent. Darunter sind auch die chauvinistisch orientierte "UNSO" mit 0,4 Prozent und die faschistischen "Konservativen Republikaner" mit 0,2 Prozent.

Entscheidend bei der Wahl zur "Verchovna Rada" am letzten März-Sonntag wird sein, ob die Wahlen in Rußland, die nach dieser Umfrage stattfand, mobilisierend wirken werden und ob es den Kräften für demokratische Reformen in der Ukraine gelingen wird, daraus Nutzen zu ziehen.

Unsere Aufgabe wäre es, den Fehler, den die westeuropäischen demokratischen Parteien gegenüber Rußland gemacht haben, nicht zu wiederholen.

(-/12. Januar 1994/hgs/ks)

Unzureichende Informationen des Bundesinnenministers
Das PKK-Verbot und seine Begründung läßt Fragen offen

Von Fritz Rudolf Körper MdB und Jochen Weit MdB

Nach dem Verbot der PKK durch das Bundesinnenministerium schrieben wir Anfang Dezember 1993 einen Brief an Innenminister Kanther, mit der Bitte, uns Informationen darüber zu geben, wie diese Entscheidung vollzogen werden soll.

Ansatzpunkt war auf der einen Seite sowohl die Überlegung der Bekämpfung terroristischer Aktivitäten durch die PKK als auch auf der anderen Seite, die klare Unterscheidung und Akzeptanz anderer, demokratisch agierender kurdischer Organisationen in der Bundesrepublik. Die uns zugestellte Antwort von Herrn Staatssekretär Lintner beantwortete unsere Fragen nur unzureichend.

- 1) Im Bereich des Erkennens der Organisationsstruktur und Ausbildung fachkundiger Mitarbeiter im Bereich des Verfassungsschutzes vertritt Herr Lintner die Auffassung, daß hier ausreichend ausgebildete Personen und umfassende Informationen vorliegen, die ja letztlich auch zum Verbot der PKK geführt hätten. Diese sehr positive Darstellung verkennt unserer Meinung nach das Problem, daß gerade in der zweiten Jahreshälfte 1993 die Bundesregierung offensichtlich von bundesweit geplanten Aktionen der PKK überrascht wurde und keine Möglichkeiten hatte, diese wirkungsvoll im Vorfeld zu unterbinden und weitere Aktivitäten zu behindern. Betrachtet man sich daneben die Besetzungen einzelner Räume durch Anhänger der PKK und auch die Verfahren um einzelne Institutionen, die im Rahmen des Verbotes geschlossen worden sind, drängt sich der Eindruck auf, daß die Bundesregierung teilweise hilflos und vorschnell Verbote ausgesprochen hat, die rechtlich sehr fragwürdig zu sein scheinen.
- 2) Zu der Frage der Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten, möchte die Bundesregierung nicht öffentlich Stellung nehmen. Wir erwarten hierbei eine Offenlegung dieser Kontakte in den zuständigen parlamentarischen Gremien des Bundestages.
- 3) In einem weiteren Ansatz verweist die Bundesregierung darauf, daß sie in Kürze eine Öffentlichkeitskampagne starten wird, die die hier lebenden Kurden über das Verbot der PKK informiert und betonen will, daß die hier rechtmäßig lebenden Kurden keine Angst haben müssen, Nachteile durch das PKK-Verbot zu erleiden. Es besteht die Gefahr, daß alle Kurden über einen Kamm geschoren und in die Nähe terroristischer Organisationen gerückt werden.

Unserer Meinung nach hätte eine solche Öffentlichkeitsaktion vor einem Verbot und schon in den letzten Jahren in sehr offensiver Form durchgeführt werden müssen. Die Diskussionen vor dem Verbot der PKK haben sehr eindeutig gezeigt, daß von Seiten der Bundesregierung keine genauen Unterschiede vorgenommen wurden. Dazu gehört natürlich auch die bis heute nicht revidierte Weigerung, mit legitim und legal hier arbeitenden kurdischen Exilorganisationen nicht nur Kontakt aufzunehmen, sondern diese auch im Rahmen ihrer Tätigkeit zu unterstützen.

Insofern muß eine angekündigte Öffentlichkeitsaktion sehr schnell, sehr konkret und sehr eindeutig Stellung zu den angesprochenen Fragen beziehen. Wir werden die Bundesregierung da beim Wort nehmen und darauf achten, daß hier Mißverständnisse ausgeräumt und Flagge gezeigt wird.

Dies gilt ebenso für die Aussage, daß die Bundesregierung mit der Türkei einen kritischen Dialog über Menschenrechts- und Minderheitenfragen führt.

Die Fraktion der SPD wird diese Fragen weiterhin konkret mit den Fragen von Militär- und Wirtschaftshilfe an den Türkischen Staat verbinden.

Resümierend ist festzustellen, daß das vorliegende Schreiben von Herrn Staatssekretär Lintner im Auftrag von Innenminister Kanther noch viele Fragen offen läßt, positive Akzente dort setzt, wo eher Selbstkritik angesagt wäre und Initiativen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit auch im Verhältnis zur Türkei ankündigt. Die Bundesregierung ist aufgerufen, vorhandene Unklarheiten in den jeweiligen Grammen zu beseitigen, die Öffentlichkeit umfassender zu informieren und die Initiativen, die sie starten möchten, in deutlicher Form zu beginnen. Sie wird an Ihren eigenen Worten gemessen werden müssen.

(-/12. Januar 1994/rs/ks)

**Die Chronologie des Scheiterns
Aus für Töpfers Kreislaufwirtschaftsgesetz**

Von Marlon Caspers-Merk MdB

**Stellvertretende umweltpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion
und Dr. Liesel Hartenstein MdB**

Stellvertretende Vorsitzende des Umweltausschusses des Deutschen Bundestages

Das ist das Aus für ein neues Abfallrecht in dieser Legislaturperiode. Zum wiederholten Mal mußte der Regierungsentwurf für ein Kreislaufwirtschaftsgesetz von der Tagesordnung des Umweltausschusses abgesetzt werden: Wegen Nicht-Vorlage der seit Oktober 1993 von den Koalitionsfraktionen angekündigten Änderungsformulierungen. Daß sich an diesem Zustand des gesetzgeberischen Stillstandes noch etwas ändern sollte, ist nicht abzusehen. Dagegen hat die SPD ein umfassendes Konzept für ein zukunftsorientiertes Abfallrecht vorgelegt.

Bundesregierung und Koalitionsparteien erweisen sich gleichermaßen als vollkommen handlungsunfähig. Einig sind sie sich nur in ihrem Bemühen, die Umweltpolitik zu demontieren. Von den Wirtschaftspolitikern seiner eigenen Partei, der FDP und den Industrieverbänden wurde systematisch jeder neue abfallpolitische Ansatz geschleift. Aber auch die Koalitionsfraktionen untereinander können sich nicht auf einen neuen Entwurf einigen.

So bricht das nach Bekunden der Koalition wichtigste umweltpolitische Gesetzesvorhaben dieser Legislaturperiode, nämlich ein neues Abfallgesetz, wie ein Kartenhaus zusammen. Daran ändern konnte auch nichts ein Beschluß der CDU/CSU-Fraktion vom September 1993, in dem ausdrücklich noch einmal ein neues Abfallrecht in den Mittelpunkt der umweltpolitischen Bestrebungen gestellt wurde. Alles nur Lippenbekenntnisse, wie sich jetzt erweist.

Und dies ist die Chronologie des Scheiterns:

- | | |
|-------------|---|
| Januar 1991 | in den Koalitionsvereinbarungen wird ein neues Abfallgesetz mit klarer Prioritätenregelung und Einführung der Produktverantwortung als Herzstück der Umweltpolitik der Bundesregierung verankert. |
| Mai 1991 | der Gesetzentwurf des Bundesrats (Drucksache 12/631), initiiert von Niedersachsen und Bayern, der die schlimmsten Schwächen des alten Abfallgesetzes beseitigen wollte, wird von der Bundesregierung abgelehnt mit der Begründung, man wolle ein neues Gesetzeswerk "aus einem Guß" schaffen. |

- Juli 1992** Bundesumweltminister Töpfer legt nach langem Tauziehen zwischen den Ressorts den Entwurf für ein neues Kreislaufwirtschaftsgesetz vor, der beachtliche Fortschritte aufweist.
- September 1992** in einem Schreiben an Bundeskanzler Kohl intervenieren BDI, DIHT und VCI, Töpfers Gesetzentwurf sei wirtschaftsschädlich, ruiniere die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und müsse zurückgezogen werden. So geschehen.
- März 1993** der Bundesumweltminister bringt einen neuen erheblich geschrumpften und in wesentlichen Teilen rückschrittlichen Gesetzentwurf auf den Markt, der
- keine klare Zielhierarchie mehr enthält
 - keine Bereinigung der mit EG-Recht unvereinbaren Begrifflichkeiten bringt
 - einer weitgehenden Privatisierung der Entsorgung Tür und Tor öffnet und
 - die so hochgerühmte Produktverantwortung auf unbedeutende Restposten zusammenschmelzen läßt.
- Mai 1993** der Bundesrat lehnt den Gesetzentwurf mit großer Mehrheit ab und verlangt effektive Regelungen zur Abfallvermeidung sowie Beibehaltung der Kompetenzen der entsorgungspflichtigen Körperschaften.

Zwei umfangreiche Anhörungen des Umweltausschusses (Mai und September 1993) bringen seitens der Experten niederschmetternde Ergebnisse in Sachen Kontrolle und Vollzug der Entsorgung. Unvereinbarkeit mit EG-Recht und Wirksamkeit des Gesetzes zur Abfallvermeidung. Seither herrscht Funkstille. Die Unterhändler der Koalition, offenbar hilflos zerstritten, blockieren sich gegenseitig. Die Zeit verminnt - zum Schaden der Kommunen, zum Schaden der Umwelt und auf Kosten der Glaubwürdigkeit der Politik.

Daß mit der Bundesregierung kein umweltpolitischer Staat mehr zu machen ist, zeigt auch der Umstand, daß sie nicht in der Lage ist, seit 1991 angekündigte Rechtsverordnungen für den Abfallbereich endlich vorzulegen. Altautoverordnung, Altpapierverordnung, Elektronikschrottverordnung und Batterieverordnung stehen aus; die Novelle der Verpackungsverordnung gerät zur politischen Farce, weil sie außer einer Bestandsgarantie für das DSD nichts Neues bringt.

Die SPD hält ein neues wirksames Konzept für eine moderne Abfallwirtschaft für unerlässlich. Sie hat deshalb einen Antrag "Eckpunkte für eine ökologische Stoffwirtschaft und ein neues Abfallrecht" vorgelegt, der alle notwendigen Elemente für ein zukunftsorientiertes Abfallgesetz enthält.

(-/12. Januar 1994/rs/ks)
